

Volksblatt

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen, Wochensonderbeilagen, „Kinderfreund“ sowie „Wort und Welt“. Das „Volksblatt“ ist das Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organ verschiedener Verbände. Geschäftsleitung: Georg Wäckerle 6, Fernsprech-Nr. 246 05, 246 07, 246 08. Persönliche Auslieferung Montag von 12 bis 1 Uhr. — Unentgeltlich einseitige Manuskripten in Satz des Schriftsetzers beizugeben.

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugspreis monatlich 1,70 RM. und 0,30 RM. Postzusatz, insgesamt 2,- RM. für Abnehmer 1,90 RM. Postzusatzpreis monatlich 2 RM. als Postamt oder vom Postboten zugestellt 2,40 RM., bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,30 RM. Anzeigenpreis 12 Wg. im Voraus und 60 Wg. im Nachhinein der Zeilbreite. — Druckverlagsgesellschaft u. Verlag: Carl Dreyer-Verlag m. b. H., Große Märkerstraße 6, Fernruf Nr. 246 05, 246 07, 246 08. Postfachnummer 203 10 Erfurt.

Paris spricht

Die Pariser Öffentlichkeit lehnt die 132-Milliarden-Forderung Poincares an Deutschland ab

Antwort an Poincare

Paris, 27. Dezember. (W.F.P.)

Zu den Erklärungen Poincares über den Bericht Pariser Offiziers schreibt „Deutsche“: Der Zahlungsplan von 1921 ist unausführbar, dennoch erklärt Poincare, er bleibe bestehen. Rechtlich gewiss, faktisch nicht. Wenn der Ministerpräsident sich auf diesen Standpunkt stellt, so allem Anschein nach einzig und allein deshalb, weil er weiß, daß jede neue Festsetzung der deutschen Schuld nur eine Ermäßigung sein könnte, und daß er Deutschland keine neuen Ansprüche zu bewilligen gedenkt, wenn nicht die Alliierten Frankreich gleichfalls neue nachfordern. Die Äußerung des Poincares und Pariser Offiziers haben das Problem der deutschen Reparationen mit dem Problem der interalliierten Schulden verbinden wollen. Der Schlüssel zu den beiden Problemen liegt in den Händen Amerikas. Schatzminister Mellon erklärt sich noch nicht damit einverstanden, beide Fragen miteinander zu verbinden; für sich allein sieht er jedoch unüberwindlich. Zum Wohle Amerikas, das dadurch seinen europäischen Markt wieder erhalten würde, und zum Wohle Europas sind sie jedoch lösbar, wenn sie gemeinsam geregelt werden. Man sieht leicht ein, daß Poincare nicht anders denkt, trotz der ein wenig abstrakten Erklärungen, die mehr ein juristisches Exposé als eine Würdigung der Tatsachen darstellen.

Hande zu unterstützen, dessen gesamte Existenz es bis zur völligen Erschöpfung und zum völligen Ruin abzurufen würde. Sinnen fingen würde es auf ein non possumus (wir wollen nicht) stehen. Eine Reduktion scheint also abzuweichen. Frankreich sei in der Tat bereit, von seinen Gültigkeitsansprüchen auf Deutschland all das abzutreiben, was die Vereinigten Staaten und England an ihren Ansprüchen gegenüber Frankreich nachstufen würden, weiter jedoch ferner nicht gehen.

„Belanté“ schreibt: Die Ziffer der deutschen Schuld bleibe also 132 Milliarden Goldmark. Das sei für jeden, der nachdenke, eine bezwungene Tatsache und eine bezwungene Angelegenheit, das man sie umwälzen könne, ohne gleichzeitig den wesentlichen Interessen Europas einer berechtigten Forderung entgegenzusetzen. Dubois und Poincare dagegen hätten von diesen 132 Milliarden als von einer vollkommen normalen und einbringenden Summe gesprochen. Ingefallt einer bezwungenen Sprache könnte man sich in die Area der Elogen und Klaffe zurückbegeben, die zur Aufhebung geführt hätten, insofern, als es die gleichen Männer seien, die man auf der Erde sehe. Die Wirkung, die dieses Wiederankommen einer Idee überall in der Welt hervorgerufen werde, werde verheerend sein. Deshalb müsse in Frankreich sofort Protest erhoben werden. Die Charta der Reparationen sei nicht mehr der Geltendmachung von 1921, sondern der Zahlungsplan. Der Betrag der deutschen Schuld betrage nicht mehr 132 Milliarden Goldmark, sondern höchstens 40 Milliarden. Die Ziffer von 1921 forme offiziell bleiben, solange man dies auch immer wolle; ein real denkbarer Staatsmann würde sie nur ansprechen dürfen, um die Notwendigkeit zu betonen, die Lösung mit der Praxis in Einklang zu setzen und nicht einer Chimäre künstliches Leben einzuhängen.

Razzia gegen Autonomisten in Elsaß-Lothringen

Wahlmanöver des Herrn Poincare? - Hoersch beruhigt ihn

Paris, 27. Dezember. (Radiomeilung.)

Auf Veranlassung des französischen Ministerpräsidenten wurde in der Nacht vom Sonntag zum Montag in den westlichsten Gebieten Elsaß-Lothringens eine Razzia gegen die Autonomisten unternommen. Im Zusammenhang mit dieser Aktion wurden mehr als 60 Personen, darunter eine ganze Reihe bekannter Persönlichkeiten, verhaftet. Der „Temps“ will wissen, daß die Nachforschungen die finanzielle Unterstützung zweier Autonomistenorgane durch das Ausland ergeben habe.

nach Deutschland geschickten Bankiers Bind, Abbs Bind, und bei dem früheren Verleger der „Volksstimme“, Dumser, endlich bei dem Sekretär des Bürgermeisters von Hagenau, Kappi.

Die Form und Ausdehnung der Razzien läßt den Verdacht zu, daß Herr Poincare mit Rücksicht auf die bevorstehenden Kommunalwahlen eine kleine Deutsche-Geze braucht. Mit der Anführung der 132-Milliarden-Forderung hat er angefangen, mit der Entbindung von Urkunden fährt der Herr Ministerpräsident fort. Darum paßt es vorzüglich in diesen Abschnit der Weltgeschichte, daß Herr Hoersch von den Deutschnationalen den ewigen Verdacht seiner Partei auf Elsaß-Lothringen gelten ausgesprochen hat. Die entsprechende Meldung lassen wir folgen.

Deutschnationale Erklärung.

Paris, 27. Dezember. (Radiomeilung.)

Das „Deure“ veröffentlicht heute ein Interview mit dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Professor Hoersch über die deutsche Außenpolitik, in dem Hoersch erklärt, Deutschland habe endgültig auf Elsaß-Lothringen verzichtet.

Man wird sich diese Erklärung merken müssen, da sie im direkten Widerspruch zu den offiziellen Ansprüchen der Deutschnationalen Volkspartei steht.

Das J.B.T. verbreitet über die Hausdurchsuchung noch folgende Meldung:

Wie schon aus Straßburg meldet, sind auf Veranlassung des Generalstaatsanwalts heute früh bei zahlreichen als Autonomisten bekannten Persönlichkeiten in Elsaß und in Lothringen Hausdurchsuchungen vorgenommen worden. Nach dem „Temps“ handelt es sich um mehr als 60 Personen, darunter den früheren Abgeordneten und Direktor der Export in Wülhausen, Roggli, den Korrespondenten des „Häufiger Kurier“ in Wülhausen, Cuxmel und Dr. Kridlin. In Kolmar wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen in den Redaktionsräumen des „Elsaß-Blattes“ und in der Druckerei der Verlagsanstalt Alsatia, ferner in den Büroräumen der elssässischen Kommunistenzeitung „Humanité“ in Straßburg und Metz und bei den Korrespondenten der „Humanité“ in Wülhausen und Kolmar, in Straßburg bei dem Archivar Sigis, dem Vater Golinin, in den früheren Büroräumen der „Jugend“ und in der Druckerei des Abbé Fakhauer, in Saargemünd bei dem Bruder des angeblich vor einigen Wochen

Stille Nacht, heilige Nacht in der Reichshauptstadt

Von Selbstmorden, Feuerweh und Einbrüchen

Berlin, 27. Dezember. (Radiomeilung.)

An den beiden Weihnachtsfesttagen waren in Berlin eine ganze Reihe von Selbstmorden und Selbstmordversuchen zu verzeichnen. So wurde ein 40jähriger Chauffeur erhängt aufgefunden. Das Motiv dieses Selbstmordes ist in einem Revuezusammenhang zu finden. Ein 80 Jahre alter Arbeiter brachte sich in selbstmörderischer Absicht einen tiefen Schnitt in die Kehle bei, an dessen Folgen er kurze Zeit darauf starb. Ein anderer Arbeiter im Alter von 64 Jahren sprang in den Stiefkanal. Bei dem Aufschlagen auf das Eis zog er sich so schwere Verletzungen zu, daß er nur noch als Leiche in das Krankenhaus eingeliefert werden konnte. Schließlich jagte sich noch ein 27 Jahre alter Arbeiter aus Eupen mit einem Nagel in den Kopf. Er war sofort tot. Die Berliner Feuerwehr wurde am festlichen Abend öfters, am ersten Feiertag 49- und am zweiten 30mal alarmiert. In den meisten Fällen handelte es sich um Gasvergiftungen, Ver-

kehrsunfälle und Wasserrohrbrüche. Mehrere Wohnungswände, die durch brennende Weihnachtsbäume entstanden waren, sind nur drei zu verzeichnen. Son einem größeren Brande wurde eine Wollfabrik in der Prinzessinnenstraße heimgesucht. Der vier entzündete Brand konnte nach fünf Stunden gelöscht werden. Auch die Berliner Polizei hatte viel zu tun. In den verschiedensten Gegenden der Reichshauptstadt hatten Einbrecher versucht, zu Geld oder zu Waren zu kommen. In einem Belegloft in der Selbstwehrstraße wurden allein für 30 000 RM. Werte aller Art gestohlen. In einem anderen Hause gelangten die Spülbüben in den Besitz von vielen Wertgegenständen, darunter einen Ring mit Brillanten und Rubinen sowie einer aus 125 Berlin bestehenden Kaskette. Bei einem Schneidemeister in der Prenzlauer Straße wurden 14 Rollen Stoff 70 zugrundeliegende Krüge, 250 RM. bares Geld und Silberzeug von insgesamt 10 000 RM. gestohlen.

Reichswehr-Internationale

Ein Menschenschinder als Versorgungsantwörter

Kassel, 27. Dez. (Eig. Drahtber.)

Der jetzige Versorgungsantwörter und bisherige Oberwachmeister bei den ihmern Reitern in Hagenau, Gustav Engelhardt, hat sich vor dem hiesigen erweiterten Schöffengericht wegen garstigen ungläubiger Mißhandlungen eines ihm unterstellten Reiters R. zu verantworten. Er trat kurz vor Weihnachten 1924 in die Schenken des Oberwachmeisters Engelhardt ein. Als Engelhardt R. zufällig in der Regimentskantine traf, fragte er ihn, ob er Urlaub wünsche. Als R. das bejahte, schlug der Oberwachmeister ihm wiederholt mit der Reitpeitsche ins Gesicht. Mehrere Besuche spielten sich später des öfteren ab. Als der famose Oberwachmeister R. am Sonntag, dem 4. Oktober 1926 in betrunkenem Zustande in die Kaserne zurückkam, verlangte er von R., daß er sich auf dem Boden lege. R. wies darauf hin, daß er seine eigene Uniform trage. Der Oberwachmeister bestand trotzdem auf die geforderte Unterwürfigkeit und drückte ihn zu Boden. Dabei sagte er: „Ich trete Dir Deine Augenflügel kaputt, und wenn ich ins Luchthaus komme!“

Der Reiter R. erstattete damals Meldung, worauf R. drei Tage Stubenarrest erhielt. Als R. dann nach einiger Zeit wegen Dienstuntauglichkeit entlassen wurde und festige Beschwerden an der Lunge verspürte, kam es zu einer ärztlichen Untersuchung. Das Militärgericht bewies sich wohlwollend, die Untersuchung durch einen Zivilarzt vornehmen zu lassen. Demselben lehnte die Staatsanwaltschaft jedes Verlangen gegen den Oberwachmeister ab. Es bedurfte erst des Rathschusses der öffentlichen Meinung, ehe das Verfahren eingeleitet wurde. Das Urteil lautete auf 3 Monate 2 Wochen Gefängnis. Die von dem Staatsanwalt beantragte Degradation lehnte das Gericht trotz der geminen Beschuldigung des Oberwachmeisters ab.

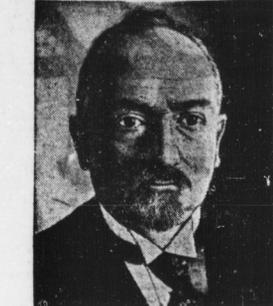
Der Herr Oberwachmeister behält also seine Versorgungsansprüche und das liebe Publikum wird das Vergnügen haben, sich von diesem roten Patron in entsprechender Form behandeln lassen zu müssen.

Ein Mordsterk.

Die Deutschnationale Volkspartei in Stettin beantragte am Freitag vor Weihnachten eine Weihnachtsfeier. Ein Generalmajor a. D., namens Thelmann, hielt dabei die Weihnachtsrede. Er stellte fest, daß die Politik des Bürger-

bloßs eine einzige Enttäuschung sei und feierte dann die Befreiung des Reichlandes durch die interalliierten Kruppen. Er hob darauf hin in Deutschland das besorgniserregende Empfinden angedeutet und behauptete, die Befreiung gut gewesen. Auch in Stettin würde eine „geringe“ Befreiung durch die Franzosen der nationalen Sache nur förderlich gewesen sein.

Zischschers Frontwechsel gegen China.



Nachdem die russischen offiziellen Stellen gegenüber den Sorgen in China bis in die letzten Tage hinein fühlbare Gelassenheit gezeigt haben, scheint nun doch die Meinung stärker geworden zu sein, daß die englischen Einflüsse die Oberhand gewinnen könnten. Zischschers (unser Bild) hat der chinesischen Regierung, wie bereits gemeldet, eine scharfe Note übermittelt, in der er sich über die Lösung der Kommunisten beklagt und der russischen Regierung das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu treffen, die sie für notwendig erachtet. Diese Drohung wird auf China vermutlich keinen Eindruck machen; man wird dort ebenso wenig wissen, wie in Rußland selbst, daß die russische Politik im Osten eine schwere Niederlage erlitten hat, die mit Noten nicht behoben wird.

Sassanoff †.

Berlin, 27. Dezember. (Ablendmeldung.) Der ehemalige russische Außenminister Sassanoff ist, wie aus Paris gemeldet wird, in der Nacht zum zweiten Weihnachtsfesttag in Nizza plötzlich einem Herzschlag erlegen. Sassanoff hat ein Alter von 73 Jahren erreicht. Er war der Nachfolger Smoloffs und als solcher von 1910 bis 1916 Leiter der russischen Außenpolitik. Mit dem Umsturz in Rußland verließ er sein Vaterland und lebte seit dieser Zeit in Deutschland bzw. Frankreich.

Sassanoff galt in Deutschland lange Zeit als Kriegstreiber vom Schlage Smoloffs. Ein abschließendes Urteil über seine Rolle beim Ausbruch des Weltkrieges ist aber auch heute noch nicht möglich.

Widerstand gegen die allgemeine Wehrpflicht.

Teheran, im Dezember. (Eig. Bericht.) Der Widerstand gegen die allgemeine Wehrpflicht dauert trotz aller Bemühungen der persischen Regierung weiter an. Die Einziehung der Dienstpflichtigen geht deshalb nur unter großen Schwierigkeiten vor sich. In Fischen haben die Ausschüsse den Widerstand gegen ihre Einziehung gestiftet. Die Bagdare waren während dieser Zeit zum Zeichen des Protestes geschlossen. Auch in Teheran ist das Widerstandswesen aus den gleichen Gründen für einige Zeit stillgelegt worden. Verschiedene andere große Städte Persiens sind dem Beispiel der Hauptstadt gefolgt.

Kaltesches Stadttheater.

„Carmen“.

Oper von G. Bizet.

Die Oper des „Betrügers“ entstanden, wie oft angenommen wird, nicht in Italien, sondern in Frankreich. Der Pariser Komponist Georges Bizet brachte bereits 1875 die Oper „Carmen“ nach Deutschland, wo sie einen noch nicht dagewesenen Erfolg hatte, der ihr auch bis heute treu blieb. Diese Oper bedeutet in ihrer Eigenart ein Novum von Stilen, sie ist erfüllt von Grazie, pikanten Melodien, sowohl im französischen Charakter als in der Kadenz und Seguidilla. Rhythmus und sprühendes Temperament sind die äußeren Merkmale dieser Oper, die als prominentes Merkmal von Instrumentationstypus gilt. Von anderen Opern dieses Meisters sind in Deutschland bekannt geworden „Das Mädchen von Perth“, „Die Fieschenfähr“, „Dante und Djamich“. Letzteres Opus hat auch überall großen Erfolg gehabt. Carmen blieb die Lieblingsrolle der Alt-Sängerinnen aller Länder. In Deutschland waren die besten Vertreterinnen dieser Rolle Mariane Brand, Schumann-Heim, Neff, Widmann, Herr. Gugmann, Wilh. Cortese, Joff-Wagner und die in Halle bestens bekannte Wegger-Wattermann. Unsere Opernleitung hat merkwürdigerweise in der gestrigen Aufführung die Titelrolle von „Carmen“ mit der jugendlich-dramatischen Sängerin belegt, trotzdem wir eine erstklassige Altistin haben, die alle prominenten Eigenschaften dieses weiblichen Don Juans besitzt.

Es entzieht sich unserer Kenntnis, weshalb die prädestinierte Carmen-Sängerin ausgespart wurde. Der Generalmusikdirektor hat sich augenscheinlich durch diese „Belegung“ einen großen Erfolg versprochen, aber der Abend hat den Beweis erbracht, daß nicht nur Carmen, sondern auch die ganze Vorstellung in Bezug auf Darbietung ein künstlerisches Manco bedeutet, denn durch diese Besetzung mußte nun auch in den anderen Rollen eine Schiebung nach „unten“ vorgenommen werden, welche die ganze Vorstellung begrabierte.

Befoldungsreform und Lohnsteuer

Von Paul Herb, M. d. N.

Die Beschlüsse des Reichstags zur Lohnsteuer stehen mit dem Wortlaut und dem Sinn der Verdringung in schroffem Widerspruch. Das wird von niemand ernsthaft bestritten. Die Reichskoalition behauptet jedoch, unter dem Anspruch der Länder gehandelt zu haben, denen die Vorlage der Reichsregierung noch zu weit gegangen sei. Auch die Sozialdemokraten in den Länderregierungen seien im Gegensatz zu ihren Gesinnungsgenossen im Reichstag gegen die Erfüllung der Verdringung gewesen. Diese Behauptung ist falsch. Es gibt keine Länderregierung, in der die Sozialdemokratie eine Mehrheit hat. Nur in einem einzigen Lande (Mecklenburg-Schwerin) stellt sie den Finanzminister. Im Preußen haben die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung sich für die lokale Erfüllung der Verdringung eingesetzt, blieben aber in der Ministerarbeit. Die Entscheidung des Reichstags gegen die Verdringung ist also nicht auf sozialdemokratischen Einfluß zurückzuführen.

Die Länder waren stets aus fiskalischen Gründen Gegner der Verdringung des Ertrags der Lohnsteuer. Sie erwarben nach dem Finanzausgleich 75 Prozent der Einnahmen aus der gesamten Einkommen- und Körperschaftsteuer. Je höher deren Ertrag ist, um so höher sind die Uebererhebungen, die sie aus der Reichskasse erhalten. Sie widerlegen sich daher jeder Beschränkung ihrer Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Das haben sie auch anlässlich der Befoldungsreform getan. So verbandlich die Sorge der Länder für die Aufbringung der Mittel für die Befoldungsreform an sich ist, so wenig Verständnis kann man dafür haben, daß die Kosten dafür den Reichskassen zu Lasten kommen. In den ersten Verhandlungen des Reichstags hat die Zentrumspartei den gleichen Standpunkt eingenommen. Ihr Redner erklärte es für unerträglich, einen Teil der Kosten der Befoldungserhöhungen durch die Lohnsteuer zu decken.

Trotzdem hat man es getan. Der Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat zwar bestritten, den Ländern zugestimmt zu haben, daß sie den Verbrauch aus der Befoldungsreform durch erhöhte Einnahmen aus der Lohnsteuer decken können. Sein tatsächliches Verhalten aber widerspricht dem. In den Gesetzen vom 1. Oktober 1926 wurden die Einkommen- und Körperschaftsteuer, also 100 Millionen mehr als die Verdringung erbracht. Tatsächlich wird sie einen noch größeren Ertrag liefern. Dadurch hat man den Widerstand der Länder gegen ein bestehendes Reichsgesetz als berechtigt anerkannt. Ebenso heißt die späte Einbringung des Gesetzes über die Lohnsteuer auf der Erwägung beruht zu haben, daß durch die Ungehörigkeit die Befoldungsreform nicht gestört werden dürfte. Auffällig ist auch, daß die Länder die ursprünglich mit großer Energie vertretene Forderung auf Änderung des Finanzausgleichs stillschweigend fallen gelassen haben. Selbst Bayern hat das getan, obwohl es behauptet hat, daß die Befoldungsreform

werde es finanziell zugrunde gerichtet, wenn keine Herabsetzung des Finanzausgleichs erfolge. Zur Erklärung für diese auffällige Schwenkung Bayerns hat der Führer der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei Abgeordneter Reich, vor einigen Tagen auf dem Parteitag darauf hingewiesen, die Arbeitsgemeinschaft mit dem Zentrum habe bereits in den letzten Wochen für Bayern ihre Forderungen, so bei der Verdringung. Das ist das deutliche Eingeständnis, daß eine Verdringung, nach der wenigstens ein Teil der Kosten der Befoldungserhöhung von den Lohnsteuerzahlern getragen werden sollen.

Die Länder aber haben die Ausführung der Verdringung auch befohlen, weil sie die Finanzwirtschaft der Länder und Gemeinden gefährdet. Aber auch dieser Standpunkt ist unzulässig, solange man nicht die Verdringung überhaupt befristet. Besteht dieses Gesetz, so haben die Lohnsteuerzahler einen Rechtsanspruch auf seine Ausführung, also auf die Begrenzung des Gesamtertrages von 1200 Millionen jährlich. Nichts anderes wollte der sozialdemokratische Antrag erreichen. Durch die von ihm vorgeschlagene Erhöhung des steuerfreien Betrages wäre keine Ermäßigung der Lohnsteuerlast eingetreten, sondern nur ihre Anpufferung an die veränderten Preis- und Lohnverhältnisse. Die Steigerung der Löhne seit Januar 1926 ist nämlich keine Steigerung des Realeinkommens, sondern nur der Ausgleich für die Steigerung der Kosten der Lebenshaltung. Trotzdem ist in dieser Zeit die Belastung der Lohnsteuer durch die Lohnsteuer nicht nur absolut, sondern auch relativ gestiegen. Im Durchschnitt beträgt diese Steigerung ein Prozent des Lohnes. Durch den sozialdemokratischen Antrag sollte lediglich in völliger Unberechtigung mit dem Grundgedanken der Verdringung eine ungewollte Erhöhung der Steuerbelastung rückgängig gemacht werden.

Gerade dagegen aber wehrten sich die Länder. Sie behaupteten, eine Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages sei unerträglich, weil sie weitere Millionen geringbezahlter Steuerpflichtiger steuerfrei mache. Dieser Einwand ist ebenfalls obsolet. Seit Januar 1926 sind durch die Steigerung der Nominallöhne Millionen Arbeitnehmer, die damals infolge zu niedriger Einkommen steuerfrei waren, steuerpflichtig geworden. Nach der Statistik der Sozialversicherungsversicherung waren im Januar 1927 von je 100 Vollbeschäftigten in der Lohnklasse 6 Wochenverdienst über 30 Mk., 32,9 Prozent, im Oktober 1927 über 43,7 Prozent. Allein in den sechs Monaten des Jahres 1927 — für 1926 liegen keine Zahlen vor — sind also fast 11 Prozent der Vollbeschäftigten in die Lohngruppen hineingewandert, bei denen die Steuerpflicht beginnt. Ähnlich ist die Entwicklung bei der angestellten Verdringung. Hier hatten im Januar 1927 nur 59,5 Prozent, im Oktober 1927 aber schon 64 Prozent der beschäftigungspflichtigen Angestellten ein Ein-

kommen von über 100 Mk. monatlich. Es besteht also gar kein Zweifel, daß bis Ende 1927 etwa zwei bis drei Millionen Lohnbesitzer steuerpflichtig geworden sind, die Anfang 1926 noch steuerfrei waren. Würde also jetzt eine Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages erfolgen, so würde der Zahl der Steuerpflichtigen ein immenses noch mindestens so groß bleiben, wie im Anfang 1926 war.

Dieser Zustand ist um so wichtiger, weil er in einem intimen Zusammenhang mit dem Wesen des steuerfreien Existenzminimums liegt. Alle modernen Staaten beruhen aus sozialen Erwägungen auf der Besteuerung der unteren Einkommen. Überall anerkannt hat, daß die Steuer nicht erst beginnen dürfe, wenn das Einkommen ein gewisses Existenzminimum überschritten hat. Diesen Standpunkt haben Reichsregierung und Länder vollständig verlassen. Sie haben erzwungen, daß Millionen Lohnbesitzer, denen sie früher die Steuerfreiheit zuerkannt hatten, nun der Steuerpflicht unterworfen werden. Die Abschaffung jeder Erhöhung des Existenzminimums führt also zum Abbau des steuerfreien Existenzminimums, da mit fortschreitender Preis- und Lohnentwicklung der Kreis der Lohnsteuerfreien immer mehr zusammenkrumpft.

Die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums aber ist um so notwendiger, weil gerade die kleinen Einkommen von den Massesteuern am stärksten belastet werden. Zölle und Verbrauchssteuern wirken um so drückender, je geringer das Einkommen ist. Die Zölle allein bedeuten für eine vierköpfige Familie eine Reichsabgabe von etwa 180 Mk. jährlich. Solange man diesen Zustand nicht ändert, die Verbrauchssteuern und Zölle nicht vollständig befreit, können also die kleinen und kleinsten Einkommen nicht ebenso zur Lohnsteuer herangezogen werden wie hohe Einkommen. Obwohl dies durchaus richtig anerkannt worden ist, ist er bei der Verdringung der Lohnsteuer preisgegeben worden. Die Berücksichtigung der Interessen der Länder, die Bindung des Zentrums gegenüber dem Reichsfinanzminister und der Bayerischen Volkspartei haben zu einer Preisgabe wichtiger sozialer Interessen der Lohnbesitzer geführt.

Vorsitzender der Deutschen nationalen Volkspartei.

Auf dem Bahnhofsplatz in Rheinfelden haben vor einigen Tagen zwei Güterzüge zusammen. Dadurch ist man großen Frachtkonzessionen der Züricher Volkspartei entgegengekommen. Man hatte der Volkspartei großes Vertrauen entgegengebracht. Sie hatte eigene Züge für die Wintermonate und konnte sich daher jeder Kontrolle leicht entziehen. Die Volkspartei hat infolge dieses jahrelang wesentlich geringere Mengen Müll für die Frachtberechnung angegeben. Sinner haben den Betrag auf zehnmal den Wert erhöht. Der für die Beträge der unzureichenden Frachtkonzessionen der Deutschen nationalen Volkspartei in Zürich. Bei allen nationalen Festtagen läßt er auf die Volkspartei eine riesige schwarze Wolke fallen. Die im Vorjahr der Reichspräsident von Hindenburg die Station Zürich betrat, hatte er einen Teil des Bahnhofsplatzes mit schwarzem Müll bedeckt.

Thalia-Theater.

„Rechtsanwalt Wolbe und sein Gatte“.

Auflpiel in drei Akten von Georges Feytaud und Louis Verneuil.

Deutsche Bühnenbearbeitung von Robert Düum. Rechtsanwalts Wolbe ist eine Arbeiterfrau, die bis zum Wähltag der Hochzeitsreise ihren Mann geliebt, sich dann in ihre Praxis verliebt und sich schließlich darauf eingerichtet hat, den neuen Gatten als eine Art Pringemahl unentgeltlich neben ihrem Lebenswagen einzulassen. Herr Wolbe läßt sich das unter Anrufen und Murren sieben Jahre lang gefallen, aber schließlich will er keinen Gelehrten, sondern ein Weib zur Lebensgefährtin. Er verliebt sich in eine sozialdemokratische Klientin seiner Frau, ist über den Wandel jeglicher Betrübsung der Geliebten sehr entsetzt und begehrt wachsende Ehen desfalls. — Die Dumme, sich von seiner Frau ertragen zu lassen. Die tolle, toll und droht mit Scheidung. Ende vom Liede: Wiegeburt des Kindes, Verlobung, Aufgabe der Praxis, Wolbe verläßt sich „Irene“ in den vier letzten Monaten bereits in sie verliebten Advokaten-Sekretär mit darauffolgender Entdeckung durch den Mann. Darauf keine Szene, sondern Rückkehr der Madame Wolbe zur Praxis, Entlassung des liebenden Sekretärs, Übernahme des Sekretariats durch den ehemaligen Pringemahl, gegenseitige Ergebung der Hingeblichkeit, Temperamente, Charaktere zu einer nach Gefühl und Beruf wohlgeordneten Ehe, in der der Intelligenterer herrscht. Dieser Intelligenterer ist natürlich Madame.

Das Stück ist ein angenehmes Pariser Heulleton, unterhaltsam, witzig und ohne Aufregung. Ein praktischer Franzose, der immer geliebt sein will eine praktische Frau, die gelegentlich geistig ist, ein Exzentriker, der das aus schließlich geliebt sein will, ein Sekretär, der die Schlußrolle spielt und ein Pringemahl, dem zur Ehe 110.000 Mark fehlen, das sind die Schwestern, die das Stück tragen.

Kunzeles Johow sah als Rechtsanwalt

Wolbe sehr masculin-garant aus. Sie absolvierte als Waisen ihrer Gutverteilung, vom Amort des geschwundenen Rechts bis zur Weibvererbung, mit einem großen Routine im sicheren Schicksal. Erich Alexander Winds war männliche Hausdame, hausdämlicher Mann, Gatte, Geliebter, verlobter Gatte und begatterter Geliebter in einer Person. Gemüht sein Vergnügen, und doch verstand, dem Publikum Vergnügen zu bereiten. Wolfgang Helme hatte den Goethe-Vers zu illustrieren: „Es schauert mir, es brennt mein Eingeweide.“ Es war schauerlich, aber es war auch schön. Das Exzentrikerwort von Henri Düger. Für das deutsche Gemüt ein veritables Wahrer, daß sie sich nicht zu dem jugendlichen Liebespaar, dem Delme so schön auf die irrommen Feine stellte. Schließlich ist noch Robert Jungels gedacht, der als Albert Reibolau eine glänzende Type war und sich im Verein mit den übrigen Darstellern des lebhaftesten Bewalls des Publikums erfreuen durfte.

Für die Regie zeichnete Elsa Rogel-Müller verantwortlich. Sie hatte alles wohlgeordnet und wohlverteilt. Das Bild der Madame Wolbe war gewiß bei einem kalleschen Dage bestellbar. Schlichter Kritizismus, während sie draußen sangen „Bon Himmel hoch, du komm ich her.“

Cosima Wagners neunzigster Geburtstag.

Im Saal Waldried wurde am ersten Feiertag im englischen Bezirk Cosima Wagners 90. Geburtstag festlich begangen. Wenn auch mit Rücksicht auf das hohe Alter Cosima Wagners und um sie ihre Gesundheitszustand sabbliche Aufführung zu erparieren, von jeder offiziellen Feier Abstand genommen werden war, so kam doch die Anteilnahme der Öffentlichkeit bei zu- und Ausstehen in der großen Anzahl von Glückwunschkarten und Glückwunschkarten zum Ausdruck, die heute im Saal Waldried einliefen. Die Stadt Bayreuth, deren Rat vor kurzem die Umbenennung der Hofgartenstraße in Cosima-Wagner-Straße zu Ehren der Jubilantin beschloß, ließ ihre Glück-

Bereins-Kalender



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Band der republikanisch-Kriegsteilnehmer

Ortsgruppe Halle.
Eine wichtige erweiterte Vorstandsbildung, die sich mit den abliegenden Wahlen des Reichsbanners und der General-Beratung zu befassen hat, findet Donnerstag, den 28. Dezember, nämlich 20 Uhr im Gewerkschaftshaus statt. Alle Reichsbanner-Mitglieder, Abteilungsleiter u. der Jugendleiter sind zum Erscheinen verpflichtet.

Gewerkschaftshaus
Halle, Harz 42-44

Restaurant
Sitzungszimmer
Guter Mittag- und Abend-Stamm
Vorzügliche Küche
Saubere Uebernachtung

Junges Mädchen

für leichte Büroarbeiten, evtl. als Fernschreiberin,
zum 1. Januar gesucht.
Halt. Druckergesellschaft m. B. H.
Gr. Märkerstraße 6.

Im Volkspark

erhalten Sie fertigen preiswerten

Wittagstisch

Ringen auf dem
Börsenmarkt
prima festes
Ziegen-
Hammelfleisch
50 und 60 Pfennig.
Rauhe Ziegen und
Hammel zu höchst
Zagepreisen.
Bohrtae genügt.
Ernst Lütich
Eisleben
Hofstraße 36.

Trauringe

aus 1,50 bis 50,- Wfr.
Bismarckstr. 10. 10. 10. 10. 10.

Gottfried Schraut,
Samerstr. 4. 67574

Ferne

Modernes Theater
Direktion Fritz Rosen

Das führende Tanz-Kabarett
Zur
Silvester-Feier
im festlich dekorierten Saal
2 Jazz-Kapellen 2
Vorstellung und Ball:
Eintritt Mk. 2,- und Mk. 3,-.
Soupers a la Karte.
Vorverkauf bereits begonnen!
Donnerstag, den 29. Dezember:
Ehren-Abend
für die Kapelle Labitz-Wurk-Linke

Nähmaschinen

Sprechapparate
Wringmaschinen
Fahrräder
bei niedrigster Anzahlung u. Wochenrate von 3,- RM. an

Paul Krause,
Halle a. S.,
Gelaststr. 39,
Telefon 232.42.

Ich suche Sie

zu überzeugen, daß Sie im Winter, selbst bei strengster Kälte, für 6 bis 7 Wfr. pro Tag Ihre kalte Küche mit meinen Grubenöfen angenehm erwärmen können und gleichzeitig in der Lage sind, nebendbei ohne Nachkosten zu kochen, braten u. backen. Ich bitte um Ihren Besuch.

August Donke
Robrit für
Bismarckstr.
Zaunstraße 9
6255

Kleine Anzeigen
haben hier großen Erfolg.

Ringen auf dem
Börsenmarkt
prima festes
Ziegen-
Hammelfleisch
50 und 60 Pfennig.
Rauhe Ziegen und
Hammel zu höchst
Zagepreisen.
Bohrtae genügt.
Ernst Lütich
Eisleben
Hofstraße 36.

Trauringe

aus 1,50 bis 50,- Wfr.
Bismarckstr. 10. 10. 10. 10. 10.

Gottfried Schraut,
Samerstr. 4. 67574

Ferne

letzten Tage
1927
Nehmt sie wahr!!
Tie wieder kann Ihnen Gleiches geboten werden

Unsere **3** Serien
Mäntel und Kleider

zu
19- 35- 49- Mk.

Jede Serie eine Sensation!

bzgl. Schönheit und Billigkeit

Mäntel-Parade

im Hochparterre - kein Laden - Gr. Ulrichstr. 54

Beginn des Verkaufs zu den bekannten kulanten Bedingungen Mittwoch, den 28. Dezember, früh 9 Uhr

Am Niebeckplatz
Nur noch heute und morgen!

Die Jugend der Königin Luise.
Ein gigantisches Theaterwerk der barthelemy'schen Kunst in 10 gewaltigen Akten.

In der Hauptrolle:
Brady Schriener, der vergrößerte Besting des deutschen Bühnens.

In den weiteren Rollen:
Minna Zorie, Joha. Wenzel, Hans Wierandorf, Ida Wolf, Fred Deberlein, G. H. v. Sclietow u. a. m.

Hierzu der ausgezeichnete heute Zeit.

Jugendliche haben Zutritt u. zahlen zur ersten Vorstellung halbe Preise.

Gr. Ulrichstr. 51
Der Riesenerfolg in unseren beiden Theatern!

Pat und Patachon auf dem Pulverfab

Ein Grotspielgroßstück, unübertrefflich an Reizum toller Szenen, an Schärfe des Blicks, an Romit der verwickeltesten Situationen.

Der Hilm des Lakens unter Tränen!
Hierzu der brillante amte Zeit.

Jugendliche haben Zutritt u. zahlen unter 14 Jahren zur ersten Vorstellung halbe Preise.

Neujahrskarten • Witzkarten
Scherzartikel • Verlosungsgegenstände
Grog- und Weingläser
Alfred Köhler, Eisleben
Sangerhäuser Straße 89
gegenüber der Wasserleit.-G.-Zweigmade

Statt jeder besonderen Anzeige.
Am 26. Dezember entschied' samt nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden mein innigstgeliebter, unvergesslicher, herausragender Mann und trauernder Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder, Schwager u. Onkel, Herr

Max Herrmann
Reichsbahnoberssekretär
im 63. Lebensjahre.
Halle a. S., den 27. Dezember 1927.

In tiefem Schmerz
Amélie Herrmann und Kinder.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 30. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der großen Kapelle des Gertrandenfriedhofes aus statt.

Zugedachte Kranzpenden an Beerdigungsanstalt „Frieden“ (H. Geucke, Fleischerstr. 11) erbeten. 7011

Ferne

Gertrud Breyer
August Plathe, Kaufmann
Verlobte
Halle (Saale) Weihnachten 1927

Stadttheater
Heute 7009
Dienstag
20-22 1/2 Uhr:
Rechtsanwalt Bolber und sein Gatte
Mittwoch
15 1/2-18 Uhr:
Aschenbrüdel
20-22 1/2 Uhr:
Die Bohème

Walhalla
Heute nach 5 Tage
Der gr. Uexig!
Der Hexer!
Krim-nachspiel in 4 Akten mit Hans Miesendorf, Friedrich Bode und anderen erstkl. Künstlern.
Vorverkauf ab 11 Uhr.

Kaffee
frisch geröstet,
Kund 3,20 3,60
4,00 4,40
Edmund Sorg,
Kammstr. 7, Tel. 2178
Prompter Versand

Wo? Uhr
reparieren? Bei
Amand Weiss
Halle (Saale)
Kleinschmieden 6
gegenüber d. Post

Rüchen
aus eigener Zelle,
preiswert
H. Quante
Thomaestraße 10 11

Hauptbahnhof-Wirtschaft
Kaffe an der Saale

Die Gaststätten des Hauptbahnhofes werden dem geehrten Publikum von Halle und Umgegend angelegentlich zum Aufenthalt empfohlen :: Erstklassige Küche und Keller :: Stets fertige Haus- und Wiener Spezial-Gerichte :: Aufmerksame Bedienung :: Ortsübliche Preise

W. Bettenhausen

G. VESTER A.-G.
Gegr. 1848 Bahnspeidition Gegr. 1848
Halle a. S., Güterbahnhof :: Ferruf 279 01

Spedition, Möbeltransport, Wohnungsaustausch

Bäckerei Emil Rohde
Halle a. S. Zwingerstraße 4 Tel. 255 31

empfiehlt seine vorzügl. Fabrikate

Schultheiss-Patzenhofer
Größte Lagerbier-Brauerei der Welt
empfiehlt ihre bekannten
Markenbiere

Musikhaus Lüders & Oiberg G.m.B.H.
Halle a. S. Leipziger Straße 30 Ferruf 297 96

Pianos - Flügel - Harmoniums
Bochstein, Niedorf, Hörgel und andere

Sprechapparate u. Schallplatten
Electrola, Gramophon, Odson, Vox, Columbia, Brunswick

Beste Günstigste Zahlungsbedingungen in allen Abteilungen

Hallesche Beerdigungsanstalt
Pietät
Inh.: M. Burkel
Kleine Steinstraße 4
Telephon 26393

Kriempehl-Pfauisch
Nikolaistr. 6
Ferruf: 236 68

Hotel
„Rotes Roß“
Inh.: Geschw. Sierau
Halle, Leipziger Str. 76
Sammelnummer Telefon 27231

Gehr. Kroppenstädt
Möbelfabrik
Halle a. d. S., Gr. Märkerstraße 4

Niemberger Molkerei
empfehlen ihre Produkte
Hauptniederlage: Lindenstraße 52

ferner Filialen:
Martinsstraße 12 / Deufener Straße 1 / Rannschkestraße 22 / Schillerstraße 16 / Spübel-Deufener-Str. 57 / Rastlerstr. 47 / Tel. 22416

DEZEMBER

ANGEBOTE

Leser des „Volkswerts“ berücksichtigen bei ihren Einkäufen und beim Besuch von Hotels nur die hier empfohlenen Firmen.

Hauptbahnhof-Wirtschaft
Kaffe an der Saale

Die Gaststätten des Hauptbahnhofes werden dem geehrten Publikum von Halle und Umgegend angelegentlich zum Aufenthalt empfohlen :: Erstklassige Küche und Keller :: Stets fertige Haus- und Wiener Spezial-Gerichte :: Aufmerksame Bedienung :: Ortsübliche Preise

W. Bettenhausen

G. VESTER A.-G.
Gegr. 1848 Bahnspeidition Gegr. 1848
Halle a. S., Güterbahnhof :: Ferruf 279 01

Spedition, Möbeltransport, Wohnungsaustausch

Bäckerei Emil Rohde
Halle a. S. Zwingerstraße 4 Tel. 255 31

empfiehlt seine vorzügl. Fabrikate

Schultheiss-Patzenhofer
Größte Lagerbier-Brauerei der Welt
empfiehlt ihre bekannten
Markenbiere



Gewerkschaftliches.

Internationale Aktion der Kraftfahrer.

Am 19. und 20. Dezember tagte in Amsterdam der Erntefahrerverband der Internationalen Transportarbeiter-Föderation. Betreten waren Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Österreich, Schweiz und Holland. Die Organisationen von Schweden, Dänemark und Finnland entsandten die Fernfahrer. Generalsekretär Robert Wagner leitete die häufigsten Aufgaben des Kraftfahrerbundes und schlug als dessen Vorsitzenden Forster (Österreich) vor, der auch einstimmig gewählt wurde.

Die Pariser Beschlüsse der Kraftfahrer und deren Verwirklichung bilden den Gegenstand ausführlicher Besprechungen, die zur einstimmigen Annahme eines

Internationalen Programms für die Berufskraftfahrer

föhren. Dieses Programm enthält Mindestforderungen über das Dienst- und Arbeitsverhältnis der Berufskraftfahrer.

Das Programm wird den bevorstehenden und gewerkschaftlichen Stellen, außerdem auch den nicht-angeschlossenen Kraftfahrerverbänden zugewandt, mit der Aufforderung, sich für dessen Verwirklichung einzusetzen. Um die Kraftfahrer aller Länder mit seinem Inhalt vertraut zu machen und sie für die gemeinsame Aktion zu gewinnen, soll das Protokoll zunächst in sechs Sprachen übersetzt, in Broschürenform herausgegeben werden.

Zum Punkt 4. „Die Internationale Arbeitskonferenz in Genf vom Jahre 1928 und die Kraftfahrer“ befaßt der Bericht, einen Bericht über die Unfallgefahren für Berufskraftfahrer auszuwerten und lassen und genannener Konferenz zu unterbreiten. Darin sollen insbesondere behandelt werden: 1. Bedingungen durch Kraftfahrzeuge; 2. Bedingungen durch Kraftfahrzeuge; 3. fehlende Bremsen auf Anhängern; 4. Netzvertrauen infolge Überanstrengung.

Schließlich wurde noch beschlossen, daß die der I.T.F. angehörigen Organisationen verpflichtet werden sollen, den in ihrem Lande zum vorübergehenden Aufenthalt befindlichen Mitgliedern einer der I.T.F. angeschlossenen Organisationen Rat und wertvolle Hilfe, Rechtschutz und Unterstützung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen nach den in ihren Satzungen festgelegten Grundlinien in denselben Ausmaße wie den Mitgliedern der eigenen Organisation angedeihen zu lassen. Zu diesem Zweck werden u. a. befördert, von der I.T.F. auszugehende Marken in die Mitgliedsbücher oder -karten der Bestreuten eingeleitet.

Ferner wird dem nächsten Vollkongreß der I.T.F. ein Antrag unterbreitet, daß die Interessen der Berufskraftfahrer nur dann im Vordergrund treten können, wenn die Berufskraftfahrer ohne Unterschied der Kategorie in jedem Lande der zuständigen Organisation angeschlossen sind, d. h. der Landeszentrale der Gewerkschaften des betreffenden Landes und der I.T.F. angehören.

Der Kraftfahrerbund der Transportarbeiter-Internationalen, der dieser Tage in Amsterdam eine internationale Arbeitskonferenz einberufen hat, stellt für Berufskraftfahrer ein internationales Arbeitsprogramm auf. Ferner wurde ein gegenständliches Interaktions-Abkommen der angeschlossenen Kraftfahrerverbände geschlossen. Die nächste Sitzung findet in London statt.

Agrarier und Betriebsräte

Die Abriegelung und der Geh der landwirtschaftlichen Unternehmer gegen jede selbständige Regelung des Landarbeiters treten nirgends deutlicher und krasser in die Erscheinung als in den Schichten gegen die in der Landwirtschaft tätigen Betriebsräte. Innerhalb des Kronenlandes, wie aus dem Bericht des Deutschen Landarbeiter-Verbandes über die im ersten Halbjahr 1927 erzielten Rechtsstreitfälle hervorgeht, nicht weniger als 86 Betriebsräte entlassen worden. Was das bedeutet, wird einem Leser klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in ungeschützten landwirtschaftlichen Betrieben überhaupt keine Betriebsräte vorhanden sind. In den Entlassungen liegt System; man will auf diese Weise die intelligenten Landarbeiter würde machen und die Landarbeiterschaft zwingen, von ihrem Recht auf Wahl eines Betriebsrats Abstand zu nehmen. Im Jahre 1926 waren im ganzen erst 24 Entlassungsfälle vorgekommen. Man sieht also, daß die Zahl der Entlassungen im Jahre zu Jahr steigt. Der Druck der Arbeitgeber nimmt in dem gleichen Maße zu, wie die Landarbeiter zur Bildung von Betriebsräten übergehen.

Nahe Leute können aus den Gedanken kommen, daß bei diesen Entlassungen die Schuld in erster Linie bei den Betriebsräten selbst liegt. Wie wenig das zutrifft, zeigt die Tatsache, daß von 86 Entlassungsfällen im ersten Halbjahr 1927 nicht weniger als 62 mit einem Erfolg für die Entlassenen beigelegt werden konnten.

Die Mehrzahl der Fälle entfällt auf die Provinz Pommern; hier sind 18 Entlassungsfälle zu verzeichnen, es folgen dann Brandenburg mit 16, Schlesien mit 13, Provinz Sachsen mit 11, Preussische Ostpreußen mit 8, Schlesien-Hohle mit 5, Hannover-Westfalen und Preussische Westfalen mit je 4, Bayern mit 3, Ostpreußen, Hessen-Nassau, Preussische Thüringen und Württemberg mit je 1. Wegen Wohnortänderungen und Ablegungen von Betriebsräten mußte die Organisation in 31 Fällen eingreifen. Dabei konnten nicht weniger als 27 Fälle mit einem Erfolg für die Arbeiter beigelegt werden.

Für die Art, wie die Agrarier gegen die Betriebsräte vorgehen, zwei typische Beispiele:

Auf dem Stadtrat B. bei Angermünde wurde am 10. Oktober 1926 die Betriebsratswahl eingeleitet. Vorsitzender des Vorstandes war ein Mitglied des Deutschen Landarbeiter-Verbandes.

Eine internationale Hofenarbeiter-Konferenz der I.T.F. fand dieser Tage in Amsterdam statt. Der Generalsekretär der internationalen Aktion der Hofenarbeiter gegen Betriebsunfälle, der von einer besonderen Kommission ausgearbeitet worden ist, liegt jetzt fertig vor. Der Entwurf verlangt Maßnahmen zur Verhinderung von Unfällen in den Höfen und an Bord der Schiffe, zur Verbesserung der Hygiene, zur ersten Hilfe bei Unfällen usw. Im Februar wird der

im gleichen Zuge wurde ein weiteres Verbandsmitglied von der Delegierten des Betriebsratsmitglied vorgelegt. Nachdem der Arbeitgeber von Kenntnis erhalten hatte, hat er den in Frage kommenden Arbeiter zum 31. März 1927 gefeuert. Es handelt sich also in diesem Fall um den Versuch, die Bildung eines Betriebsrats vorzubeugen zu unterbinden.

Ein anderer Fall: Im Kreis Solingen wurden ein im Deutschen Landarbeiter-Verband organisierter Arbeiter als Betriebsratsmitglied tätig. Einmal wurde seine Kündigung ohne Einwilligung der hiesigen Betriebsratsmitglieder beschlossen. Als Grund wurde Betriebs-einführung angegeben. Im gleichen Betrieb wurden aber zur Zeit der Kündigung 15 ausländische Arbeiter beschäftigt. Vor dem Arbeitsgericht erklärte der Arbeitgeber, das Betriebsratsmitglied habe die Arbeiter aufgestellt. Im übrigen wollte er von Betriebsräten grundsätzlich überhaupt nichts wissen. Die Klage führte schließlich doch zu dem entlassenen Betriebsratsmitglied für drei Monate Lohn nachgezahlt bekam und der beflagte Arbeitgeber antwortungsbewußt wurde.

Von der grundsätzlichen feindseligen Einstellung der Arbeitgeber

gegenüber den Betriebsräten gibt das Gutachten, das der Pommersche Bauernbund dem Enquete-Ausschuß (Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugung und Arbeitsbedingungen der deutschen Wirtschaft) erstattet hat, mehr als deutlichen Aufschluß. In diesem Gutachten habe die Arbeiter aufgestellt. Im übrigen wollte er von Betriebsräten grundsätzlich überhaupt nichts wissen. Die Klage führte schließlich doch zu dem entlassenen Betriebsratsmitglied für drei Monate Lohn nachgezahlt bekam und der beflagte Arbeitgeber antwortungsbewußt wurde.

Eine Auseinandersetzung mit den Agrariern über die Notwendigkeit der Betriebsräte ist zweifellos ein Akt der Feindschaft. Die Welt der Arbeiter in diesem Kampf ist und bleibt die Solidarität der Betriebsräte. Die Befehle der Landarbeiterschaft im Deutschen Landarbeiter-Verband. Also hinein in den Deutschen Landarbeiter-Verband!

Entwurf einer Sitzung der Hofenarbeiter-Sektion der I.T.F. zur Genehmigung vorgelegt. Danach wird die I.T.F. für die internationale Durchführung mit der Entwürfe aufgestellten Forderungen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Hofenarbeiter eine Bewegung eingeleitet. Gleichzeitig wird sie versuchen, den Hofenarbeiter durch Vermittlung des Gener internationalen Arbeitsamtes auf die Tagesordnung der Arbeitskonferenz zu bringen.

Der Niederländische Gewerkschaftsbund hat im Jahre 1927 einen erfreulichen Aufschwung genommen. Die Mitgliederzahl stieg von 198 485 am 1. Januar auf 208 588 am 1. Oktober d. J., wodurch die zehnjährige Zentralrat der nationalen Gewerkschaften der niederländischen Zentralrat mit ihren rund 15 000 Mitgliedern zählen kann mehr mit. Der Niederländische Gewerkschaftsbund umfaßt mehr Mitglieder als alle anderen niederländischen Zentralrat zusammen und steht damit weitestens an der Spitze der niederländischen Gewerkschaftsbewegung. Der höchste Mitgliederbestand des Niederländischen Gewerkschaftsbundes lag in der Zeit vor der großen Wirtschaftskrise von 1922 bis 1925; er betrug damals 269 582 und sank während der Krise auf 182 888. Die neuen Ziffern zeigen, daß der Aufschwung der Kräftejahre genügend überdauern ist.

Rückgang der Arbeitskämpfe in Norwegen. In den Vereinigten Staaten ist eine Abnahme der Zahl der Arbeitskämpfe zu verzeichnen. Es waren während der letzten zwölf Jahre mehr als 28 000 Arbeitskämpfe zu verzeichnen, die 10 Millionen Arbeiter betroffen waren. Die Gesamtzahl dieser Kämpfe werden auf mehr als 14 Millionen Dollars geschätzt. Von den Streiks, deren Ergebnisse bekannt sind, verliefen 94,5 Prozent ungunsten der Arbeitnehmer und absonderlich ungunsten der Arbeitgeber: 31 Prozent wurden durch Vergleich beigelegt. Die Zahl der Streiks war am größten in den Jahren 1915 bis 1919. Ein Betrag 1919: 3630 und fiel dann ständig bis auf 1035 im Jahre 1926. Die Ursache des Rückgangs der Arbeitskämpfe wird auch die hohen Löhne und die verbesserte Produktionsmethode zurückgeführt.

Vom Arbeitsgericht Halle.

Der strikte Tarif.

Der Klemperer B. war bei dem Stadtgericht der Gewerkschaft als Gasmetrierparatur- und Installationsbeschäftigter. Bis zum 31. März d. J. wurde er auch unter dem Namen Arbeiter nach dem Klemperertarif mit einem Stundenlohn von 93 Pf. bezahlt, die vom 1. April an erfolgte Erhöhung des Tariflohnes auf 1 M. erzielte sie jedoch nicht. Es wurde ihnen erklärt, daß sie unter den Metallarbeiter-Tarif fallen sollten, wenn er durch den Tarif der Klemperertarif lag. Der Lohn von 93 Pf. sollte für die alten Arbeiter beibehalten werden, während ein neuer Arbeiter zum Stundenlohn von 75 Pf. nach dem Metallarbeiter-Tarif eingestellt wurde. Um ihren eigentlichen Lohn zu erhalten, wurde den betreffenden Arbeitern geraten, im Kampf zu arbeiten. Nachdem die Arbeiter eingesehen hatten, daß dabei nichts zu verdienen war, arbeiteten sie nach ihrem alten Zeitlohn weiter. Am 1. Oktober erfolgte eine abermalige Erhöhung des Klemperertariflohnes auf 1,08 M., die B. nicht beizugibt. Doch wurde auch dieser Tarif nicht beizugibt, so daß wegen Arbeitsmangel am 23. Oktober entlassen. B. strengte jedoch durch seinen Verband beim Arbeitsgericht eine Klage auf Zahlung des zu ihm geschuldeten Lohnes in Höhe von 15,51 M. an.

Bei der Verhandlung unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Z. übte er die Firma ein, daß B. nach seiner Tätigkeit nicht unter den Klemperer-Tarif, sondern unter den Metallarbeiter-Tarif fallen sollte, aber auch nicht den Lohn des Klemperertarifs gefordert habe, so liegt hierin ein Verzicht auf diesen. Genosse Gröbel vom Metallarbeiterverband als Vertreter des Klägers machte dagegen geltend, daß B. als Klemperer eingestellt worden sei, da die genannte Firma der Klemperer-Installdienstleistungsgesellschaft angeschlossen ist, so hat sie auch B. nach dem Klemperertarif zu bezahlen. Anscheinend sucht sich die Firma aus den Tarifverträgen nur das Günstigste aus, hätte sie doch nach dem Metallarbeiter-Tarif den betreffenden Arbeitern ein großzügiges Urlaubsgeld geben müssen, während sie dies aber nur drei Tage nach dem Klemperertarif gewährte. Das Gericht anerkannte den Anspruch des Klägers auf Zahlung des Differenzlohnes von 15,51 M. B. sei als Klemperer tarif bezahlt worden, so daß dieser für B. in Frage kam. Einen Bericht auf diesen Tariflohn konnte das Gericht auch nicht erheben, da ihn B. noch zuletzt am 1. Oktober gefordert hatte.

Eingegangene Druckschriften.

Die Bauhüttenbewegung, ihr Wesen, ihr Ziel und ihre Entwicklung. Für die deutschen Gewerkschaften kurz dargestellt von A. Ellinger. Berlin 50 Pf. Bezugsverhältnis des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes S. m. b. G., Berlin S. 14.

Neuer die Entlohnung dieser nun seit 7 Jahren bestehenden Bewegung, ihr Wesen und ihre Ziele unterrichtet die Schrift von A. Ellinger in eindrucksvoller Weise. Sie zeigt die Ursachen der Entlohnung der Bauhüttenbewegung und die zu überwindenden und zu einem großen Teil bereits überwundenen Hindernisse, zeigt, daß es gelang, die Bauhüttenbewegung innerlich so zu festigen, daß sie heute einen Wirtschaftsfaktor darstellt, mit dem auch die Gegner rechnen müssen. Diese streng sachliche Darstellung wird allen Gewerkschaften, Gewerkschaften und Parteimitgliedern empfohlen, weil sie ihnen in allerknappster Form alles Wissenswerte über die Bauhüttenbewegung vermittelt, deren Entlohnung die Gemeinwohlhaft an Stelle der kapitalistischen Profitwirtschaft ist. Der billige Preis erleichtert die Anschaffung des kleinen Büchleins, das in keiner Arbeiterbibliothek fehlen sollte.

Organisationsplan der Arbeits- und Landesarbeitsgerichte im Bezirk Sachsen-Anhalt.

Sitz des Arbeitsgerichts	Gebiet zum U.V.G.	Zahl der Kammern				Zahl der Richter				Dann erhaltene Sitze				Anzahl der Richter				Dann Sitze			
		Arbeiter	Handwerker	Angestellte	Offen.-G.-R.	Arbeiter	Handwerker	Angestellte	Offen.-G.-R.	Arbeiter	Handwerker	Angestellte	Offen.-G.-R.	Arbeiter	Handwerker	Angestellte	Offen.-G.-R.				
1 Magdeburg		2	1	1	5	40	18	20	7	85	59	4	4	7	7	4	1	10	5	1	
2 Neubrandenburg		1	1	1	1	6	4	4	5	15	9	1	1	1	1	1	1	6	2	1	
3 Burg b. Magdeburg		1	1	1	1	3	3	3	3	10	5	1	1	1	1	1	1	6	2	1	
4 Schönebeck		1	1	1	1	3	3	3	3	10	5	1	1	1	1	1	1	6	2	1	
5 Staßfurt	Magdeburg	1	1	1	1	3	3	3	3	10	5	1	1	1	1	1	1	6	2	1	
6 Stendal		1	1	1	1	3	3	3	3	10	5	1	1	1	1	1	1	6	2	1	
7 Salzwedel		1	1	1	1	3	3	3	3	10	5	1	1	1	1	1	1	6	2	1	
8 Orlamünde		1	1	1	1	3	3	3	3	10	5	1	1	1	1	1	1	6	2	1	
9 Gardelegen		1	1	1	1	3	3	3	3	10	5	1	1	1	1	1	1	6	2	1	
10 Haldersleben		1	1	1	1	3	3	3	3	10	5	1	1	1	1	1	1	6	2	1	
11 Halberstadt	Halberstadt	1	1	1	1	3	3	3	3	10	5	1	1	1	1	1	1	6	2	1	
12 Haldersleben		1	1	1	1	3	3	3	3	10	5	1	1	1	1	1	1	6	2	1	
13 Lützenburg		1	1	1	1	3	3	3	3	10	5	1	1	1	1	1	1	6	2	1	
14 Dessau	Dessau	1	1	1	1	3	3	3	3	12	4	9	2	12	3	4	2	1	6	2	1
15 Verburg		1	1	1	1	3	3	3	3	8	4	8	2	10	1	4	2	1	6	2	1
16 Halle a. S.		2	1	1	1	5	3	3	3	25	37	2	5	3	5	4	1	8	2	2	
17 Halle a. S.		1	1	1	1	3	3	3	3	15	6	1	1	1	1	1	1	6	2	1	
18 Merseburg		1	1	1	1	3	3	3	3	17	9	1	2	2	2	1	1	6	2	1	
19 Bitterfeld		1	1	1	1	3	3	3	3	17	8	2	2	2	2	1	1	10	3	2	
20 Orgau		1	1	1	1	3	3	3	3	17	10	2	1	1	1	1	1	6	3	1	
21 Bitterfeld	Halle a. S.	1	1	1	1	3	3	3	3	17	10	1	2	2	2	1	1	8	3	1	
22 Eilenburg		1	1	1	1	3	3	3	3	13	7	2	1	1	1	1	1	6	2	1	
23 Saargau		1	1	1	1	3	3	3	3	13	7	2	1	1	1	1	1	6	2	1	
24 Naumburg		1	1	1	1	3	3	3	3	17	9	1	2	2	2	1	1	6	2	1	
25 Weißenfels		1	1	1	1	3	3	3	3	12	4	2	1	1	1	1	1	6	2	1	
26 Zeitz		1	1	1	1	3	3	3	3	17	11	1	1	1	1	1	1	6	2	1	
Sitz der Landesarbeitsgerichte:																					
1 Magdeburg		1	1	1	1	10	10	10	10	6	6	2	1	1	1	1	1	6	2	1	
2 Halberstadt		1	1	1	1	9	9	9	9	4	4	2	1	1	1	1	1	6	2	1	
3 Dessau		1	1	1	1	9	9	9	9	4	4	2	1	1	1	1	1	6	2	1	
4 Halle a. S.		1	1	1	1	10	10	10	10	5	5	1	1	1	1	1	1	6	2	1	
		32	26	26	2	86	284	124	150	12	579	343	28	36	60	68	44	30	104	65	32

Ein Vergleich des Ergebnisses der Eiberteilung im Verhältnis zu den Christlichen und Griechisch-Orthodoxen Organisationen läßt sofort erkennen, daß die Zahl der Sitze nicht immer dem Stärkeverhältnis der Organisationen entspricht. Die Angabe der Mitgliedschaften auf den Vorschlagslisten würde bei einer demnach festgenommen werden, daß die Angaben den Tatsachen entsprechen und die Verteilung der Richter auf den einzelnen Vorschlagslisten dem Stärkeverhältnis in Wirklichkeit nahe kommt. Für diese Sitzungsperiode der Arbeitsrichter werden sich die Vorschlagslisten demnach zum Vergleich lassen.

Trinket
Poetzsch-Kaffee
 Die führende Qualitätsmarke
 Richard Poetzsch, Halle a. S.
 August 22. 24. Gr. Ulrichstr. 10. Fernruf 101.

